

Nazivergleich in Kelttern: Ein Streit schlägt Wellen

■ Frau aus Weiler wegen Beleidigung des Bürgermeisters verurteilt. Bürgerin kündigt an, Rechtsmittel gegen das Urteil einzulegen.

PFORZHEIM/KELTERN

Etlliche Zuhörer hatten sich gestern Morgen vor dem Pforzheimer Amtsgericht eingefunden, um einer Verhandlung wegen Beleidigung beizuwohnen. Allerdings waren die Plätze im Gerichtssaal aufgrund der Corona-Regeln stark eingeschränkt. Was bedeutete, dass nicht alle Interessierten – darunter auch Pressevertreter – die öffentliche Verhandlung verfolgen konnten.

Worum ging es also? Aktuell um Beleidigung in drei Fällen. Dahinter steckt allerdings eine jahrelange Vorgeschichte. Beteiligt sind eine Bürgerin aus Weiler und der Kelterner Bürgermeister Steffen Bochsinger, der gestern nicht persönlich bei der Verhandlung anwesend war. Er hatte die Frau angezeigt, nachdem er sich im Frühjahr in Texten auf ihrer Homepage beleidigt ge-

hen hatte. Bereits vor drei Jahren hatte eine Auseinandersetzung in ähnlichem Kontext zwischen dem Rathauschef und der Frau in einer Anzeige Bochsingers gegipfelt. Damals war das Verfahren eingestellt worden, weil keine strafrechtlich relevanten Äußerungen vorgelegt hätten (die PZ berichtete).

Umfangreiche Stellungnahme

Konkret, so wird es in der Anklagenschrift aufgeführt, ging es im aktuellen Fall um die Formulierungen „neue Form von Judenverfolgung“, die Aufforderung sich zu „entnazifizieren“ sowie die Frage „Wie viel Nazi ist der Chef?“. Die Angeklagte, die sich vor Gericht selbst vertrat, erklärte, dass sie auf der Website, um die es geht, publizierte und führte in einer inhaltlich umfangreichen Stellungnahme aus, welche Gründe sie für ihr Handeln gesehen habe und dass sie die ihr zur Last gelegten Vorwürfe für unberechtigt halte. Die bildliche Verwendung eines Judensterns mit der Aufschrift „Nazi“ in diesem Zusammenhang bezeichnete sie als „Kunstaktion“.

Richterin Martina Resch sah es als erwiesen an, dass die Frau



Bürgermeister Steffen Bochsinger äußert sich derzeit nicht zum laufenden Verfahren. FOTO: FREIE WÄHLER

die Äußerungen online gestellt hatte: „Sie meinen, es sei keine Beleidigung. Das Gericht sieht das anders“, so Resch. Die Aufforderung, sich zu „entnazifizieren“ zeige klar auf, welcher Vorwurf gemacht werde. In diesem Sinne sprach die Richterin die Angeklagte der Beleidigung schuldig und verurteilte sie zu einer Geldstrafe von 70 Tagessätzen zu 30 Euro, sprich zu 2100 Euro.

Ebenfalls hatte Staatsanwalt Sven Müller mit Blick auf „unzulässige Schmähkritik“ in seinem Plädoyer gefordert. Zugute sei der Angeklagten zu halten, so Müller, dass sie zugegeben habe, die Äußerungen verbreitet zu ha-

ben und nicht vorbestraft sei. Während der Beweisaufnahme hatte Richterin Resch mehrere Anträge der Angeklagten abgelehnt. Unter anderem ging es darum, weitere Zeugen anzuhören oder eine Empfangsbeseinigung des Bundesverfassungsgerichts zu den Akten zu nehmen. Darin sei begründet, warum sie ohne Rechtsanwalt vor Gericht erscheine, so die Angeklagte.

„Leute diffamieren mich“

Vielfach betonte die Frau, dass sie sich für den Schutz von Kindern stark mache und gegen eine Entfremdung von Eltern und Kindern positioniere. Begründet sei dieses Engagement im „Raub“ ihrer eigenen Kinder im Zuge eines Sorgerechtsstreits. „Leute diffamieren mich aufgrund meiner Tätigkeit“, so die Frau aus Weiler, die sich in ihrer „Aufklärungsarbeit“ zensiert fühlt. Nach der Verhandlung erklärte sie, dass sie Rechtsmittel gegen das Urteil einlegen werde. Steffen Bochsinger wollte sich gestern auf Nachfrage der „Pforzheimer Zeitung“ nicht zur Sache äußern. *nad*

Kisiko einer Ansteckung groß nicht umsonst müssen die Veranstalter sich vorher Gedanken machen und ein Hygiene-Konzept stellen.“ Für Feiern im privaten Rahmen gelte dies jedoch erst : 100 Teilnehmern – zu viele, find Herz.

Was oft übersehen werde: Aukwer kein Fieber hat, nicht untAtemnot leidet, hustet oder niesaß aber das Virus in sich trägt, karandere anstecken. „Natürlich verleitet es zur Sorglosigkeit, wennman glaubt, dass man selbst unde eigene Freundeskreis die Infektion unbeschadet überstehe wird“, sagt Dr. Brigitte Jorgers

JVA-Beamte nach Schmutz

HEIMSHEIM. Tauschhandel mit Gefangenen hat über Jahre ein demals 60-jähriger Beamter der Justizvollzugsanstalt (JVA) Heimsheim betrieben. Dafür hat er Lebensmittel – unter anderen Steaks und Pommes – ins Gefängnis geschmuggelt. Zu dem Schluss kam 2019 nach drei Prozesstagen das Amtsgericht Maulbronn und verurteilte den Mann wegen Be-steichlichkeit zu einer Geldstrafe von 3850 Euro.

Der Beamte wurde für zwei Fälle belangt, in denen er Häftlinge mit Lebensmitteln versorgte. Als Gegenleistung nahm er Tabak an, den er dann allerdings an andere

AMT FÜR ABFALLWIRTSCHAFT

Neuer Standort
für Sammlung

HOHENWART FORUM

Bio-Musterregion Enzkreis
präsentiert Küchengespräche

DIE ZAHL

2000

SOFTWARE-PROBLEME

Züge von Abellio
sind einsatzbereit